



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Z.: Briefe über Oestreich : 1. Oestreich und die Würzburger.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Briefe über Oestreich.

1. Oestreich und die Würzburger.

Wenn ein Oestreicher zurückblickt auf die kurze Spanne Zeit, die seit dem Frieden von Villafranca verflossen ist, wenn er die trostlose Lage des Staates am Tage jenes Friedensschlusses mit dem Aufschwung der Gegenwart vergleicht, so mag er wohl sich neu gestärkt fühlen in seinem Vertrauen auf die Unverwundlichkeit des östreichischen Glückes, und erklärlich ist es, wenn seine leicht erregte Phantasie sich in stolzen Machtträumen wiegt und über noch ungelöste Schwierigkeiten hinweg den Kaiserstaat im Innern geeinigt, in freier Entfaltung aller Kräfte, an der Spitze Deutschlands über die Geschicke Europas gebieten sieht. Erklärlich ist es: denn vor wenigen Jahren war Oestreich seiner reichsten Provinz und mit ihr seines Einflusses in Italien beraubt worden. Seine Stellung in Deutschland wurde von dem Aufschwung des auf Preußen hoffenden Nationalbewußtseins, dem gegenüber es auf die, wie es schien, sehr gebrechlichen Stützen des Ultramontanismus und Particularismus angewiesen war, ernstlich bedroht; seine materiellen Kräfte waren erschöpft. In allen Theilen des Reiches fing die verhängnißvolle Centrifugalkraft von neuem an sich zu regen. Was aber das Schlimmste war, der Bevölkerung der deutschen Provinzen bemächtigte sich eine tiefe Muthlosigkeit, ein fatalistisches Verzagen, welches in raschen Uebergängen bald in stumpfer Gleichgiltigkeit gegen das Wohl des Reiches sich gefiel, bald als krankhaftes Mißtrauen gegen Alles, was mit den herrschenden Systemen zusammenhing, sich äußerte. Der schwarzenberg-bachische Versuch, Oestreich mit den Mitteln des strengsten, durch die Kräfte der katholischen Kirche unterstützten Absolutismus zum einheitlichen Gesamtstaate umzubilden, war als gescheitert anzusehen. Da entschloß man sich in der Zeit der härtesten Bedrängniß zu dem Versuche, die Gesamtstaatsidee auf dem Wege constitutioneller Einrichtungen zu verwirklichen. Das Ziel freilich, in einem Parlamente den verschiedenen Nationalitäten einen gemeinsamen staatlichen Mittelpunkt zu geben, hat man noch nicht erreicht, und wird es auch ohne wesentliche Modificationen der bisher den einzelnen Nationen gegenüber eingehaltenen Politik schwerlich erreichen. Wohl aber ist es gelungen, die stöckenden

Säfte des Staatskörpers in eine heilsame Bewegung zu bringen und die Nation von jener pessimistischen Stimmung, der gefährlichsten aller politischen Krankheiten zu befreien. Schon fühlt die Regierung sich stark genug, die erschlafften Fäden ihrer auswärtigen Beziehungen wieder fester zusammenzunehmen und straffer anzuziehen, worin sie durch die in Oestreichs Natur begründete Vielseitigkeit der politischen Beziehungen, die dem lockeren Gefüge des Staates eine so unerhörte diplomatische Bedeutung gibt, trefflich unterstützt wird. Der eben noch so tief gedemüthigte Staat sieht sich von den ersten Mächten der Welt umworben; fast scheint es, als brauche er nur zuzugreifen um das Schiedsrichteramt zwischen dem Osten und Westen zu übernehmen. Und auch in der Stellung Oestreichs zu Deutschland tritt uns dieser wunderbare Glückswechsel entgegen. Wohin wir auch blicken, nehmen wir rührige Thätigkeit und unerwartete Erfolge wahr.

Der Aufschwung Oestreichs hat nicht verfehlt, einen bedeutenden Eindruck auf das europäische, besonders auf das deutsche Publicum zu machen. Während vor einigen Jahren der eifrige Zeitungsleser von einem Tage zum andern auf die Nachricht von dem Untergange Oestreichs wartete, und nur darüber in Zweifel war, ob derselbe in Folge eines Bankerotts oder einer magischen Wirkung des Nationalitätsprincips erfolgen werde, oder ob das Schicksal einen so monströs zusammengesetzten, jeder Berechtigung zur Existenz entbehrenden Staat durch eine ganz abnorme, bis dahin in der Geschichte noch nicht gekannte Todesart von seinem Dasein zu erlösen beabsichtige: gilt es gegenwärtig schon für eine politische Paradoxie, wenn man einigen Zweifel hegt über den reellen Werth der Erfolge, die Oestreich in der letzten Zeit davongetragen hat. Gerade deshalb aber dürfte es zeitgemäß sein, zu prüfen, ob denn die Wirklichkeit überall dem Scheine entspricht, ob in der That Oestreich nur Hand anzulegen braucht, um der Hegemon Deutschlands, der Schiedsrichter Europas zu werden, ob seine inneren Verhältnisse ihm freie Bewegung gestatten. Vor Allem kommt es darauf an, zu untersuchen, ob zwischen Oestreich und seinen großen und kleinen Bundesgenossen ein so vollständiges Einvernehmen obwaltet, daß es rücksichtslos und ohne die Furcht, sich zu compromittiren, die Wege einschlagen kann, auf die man von verschiedenen Seiten es zu drängen sucht. Zunächst wollen wir Oestreichs Verhältniß zu den Würzburgern ins Auge fassen.

Die öffentliche Meinung ist gewohnt, die Interessen Oestreichs und der würzburger Regierungen zu identificiren und sich der Ansicht hinzugeben, daß beide dasselbe Ziel verfolgen. Nichts kann verkehrter sein, als diese Ansicht. Gemeinsam ist ihnen nur das negative Ziel, die Gründung eines Bundesstaates unter Preußens Führung zu hintertreiben. In ihren positiven Zielen herrscht keine Uebereinstimmung, ja man kann behaupten, daß unter den Mittelstaaten selbst die Harmonie nur eine sehr unvollkommene ist.

Die Mittelstaaten, denen ihr besonderer Charakter durch den Rheinbund aufgedrückt und durch den wiener Congress bestätigt ist, repräsentiren in Deutschland recht eigentlich den Particularismus und das dynastische Selbstständigkeitsstreben, und es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß sie im Allgemeinen ihr Princip mit großer Klugheit vertreten haben. Sie wurden die Schule der parlamentarischen Bildung in Deutschland; in ihnen erhoben sich die ersten politischen Tribünen Deutschlands. Freilich war die Erziehungsstätte zu eng, um einen wahrhaft praktischen Sinn und jenen staatsmännischen Tact in der Nation zu erzeugen, der das Kennzeichen der politischen Reife und die Bürgschaft der politischen Freiheit ist. Dies schmälert indessen nicht im geringsten das Verdienst der Regierungen, die einsichtsvoll genug waren, in constitutionellen Einrichtungen eine Stütze für ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu suchen. Oestreich, welches den Particularismus unter seinen Schutz genommen hatte, weil es gehofft hatte, in den Sondersoveränetäten die beste Stütze für seinen Einfluß in Deutschland zu gewinnen, sah diese Entwicklung nicht ohne Besorgniß. Blieb auch sein Einfluß in Deutschland überwiegend, so ging er doch nicht so weit, die Regierungen unbedingt an seine Politik zu fesseln. Mußte die östreichische Regierung es doch erleben, daß Preußen, welches in allen rein politischen Fragen an Oestreich sich angeschlossen, auf dem handelspolitischen Gebiete, auf dem Oestreich in keiner Weise mit ihm concurriren konnte, durch Gründung des Zollvereins einen glänzenden Sieg davontrug! Ein Sieg, der um so folgenreicher war, da der Zollverein in gewissem Sinne ein Vorbild der allmählig sich entwickelnden Idee des engeren Bundesstaates wurde.

Diese Idee ist, nicht in ihren Anfängen, wohl aber in ihrer ausgebildeten Gestalt das Resultat der Bewegungen des Jahres 1848. Ihr gegenüber war die Erneuerung des Bundes Oestreichs mit dem Particularismus unvermeidlich. Dieser Bund schien darauf angewiesen zu sein, mit größter Festigkeit zusammenzuhalten, da er nicht bloß gegen ideale Bestrebungen gerichtet war, sondern sich entschließen mußte, Preußen selbst, welches von der Nationalpartei zum Vertreter dieser Bestrebungen berufen war und diesem Berufe sich nicht völlig entziehen konnte, zu bekämpfen. Dennoch trat schon zur Zeit und in Veranlassung des Krimkrieges eine Lockerung der Intimität ein: die Mittelstaaten schlossen sich der Rußland günstigen Neutralitätspolitik Preußens an. Es zeigte sich also (und es ist gut, dies nicht zu vergessen), daß die östreichische Regierung nicht unter allen Umständen in ihrer auswärtigen Politik auf die Unterstützung ihrer Freunde in Deutschland rechnen konnte! Indessen steigerte sich die Intimität zwischen Oestreich und dem Particularismus wieder, als durch den Aufschwung, den mit Eintritt der neuen Aera in Berlin die nationalen Hoffnungen nahmen, der letztere sich mehr als je in seiner Existenz bedroht sah. Die Veranlassung zu einem schroffen Gegenübertreten der Par-

teien gab der österreichisch-italienische Krieg, indem derselbe der großdeutschen Partei willkommene Gelegenheit bot, einen leidenschaftlichen Wort- und Federkrieg gegen Preußen zu eröffnen. Sie hatte dabei den Vortheil, sich auf den in Süddeutschland lebhaft aufgeregten Patriotismus stützen und im Namen des gekränkten Nationalgefühls die heftigsten Anklagen gegen Preußen schleudern zu können, als ob dieses mit Verletzung seiner Bundespflichten Oestreich im Stich gelassen habe. Die kleindeutsche, ausschließlich aus liberalen Elementen zusammengesetzte Partei befand sich in einer nicht gerade angenehmen Situation. Mit ihren Sympathien hatte sie mehr auf Seiten Italiens als Oestreichs gestanden. Andererseits konnte aber auch sie nicht verkennen, daß durch den Verlauf des Krieges Frankreich einen für Deutschlands Sicherheit gefährlichen Machtzuwachs erhalten hatte; wie denn auch in ihren Reihen die damals populäre Furcht Eingang fand, daß Napoleon nur deshalb seinem Programm: „Frei bis zur Adria“ untreu geworden sei, um womöglich noch die Herbstmonate zur Wegnahme der Rheinprovinz zu benutzen: man sah bereits im Geiste die Gallier ihre Rosse in dem vaterländischen Strome tränken. Die damals herrschenden Besorgnisse waren allerdings fränkhaft übertrieben, doch keineswegs ganz ungerechtfertigt, und für Deutschland insofern heilsam, als aus ihnen sich das klare Bewußtsein entwickelte, daß im Augenblicke der Gefahr der Antagonismus der beiden Großmächte die Kräfte Deutschlands völlig zu neutralisiren drohe. Dies Bewußtsein trug indessen nur dazu bei, jede der beiden Parteien in ihren Ueberzeugungen zu bestärken. Die kleindeutsche Partei sah die Ursache alles Uebels in der bestehenden, die beiden Großmächte durch ein unnatürliches Band verknüpfenden Bundesverfassung. Dem gemäß sah sie das einzige Heil in dem Ausscheiden Oestreichs aus dem Bunde, in der völligen Umgestaltung der Bundesverfassung und zunächst in der Uebertragung der politischen und militärischen Leitung Deutschlands an Preußen. Die Großdeutschen dagegen machten nicht die Bundesverfassung, sondern Preußens Unbotmäßigkeit für die Lähmung der Kräfte Deutschlands verantwortlich. Sie waren überzeugt, daß, wenn Preußen zum Gehorsam gegen die Decrete des Bundestags gezwungen würde, wenn man es nöthige, sich majorisiren zu lassen (den Nebenpunkt, mit welchem Mitteln die Execution gegen das widerspenstige Preußen zu vollziehen sei, ließ man einstweilen noch unerörtert), Alles in Deutschland aufs Beste gehen würde. Diesen Bestrebungen gegenüber war Preußen, so lange es nicht die Initiative zu einer Umgestaltung der deutschen Verhältnisse in seinem Sinne ergreifen konnte oder wollte, darauf angewiesen, den Bundestag aufs allerstrengste innerhalb der Schranken seiner Competenz zu halten, was freilich von einem Trockenlegen des Bundestages nicht sehr verschieden war. Da nun aber Preußen bei dieser Methode, so lange es auf das Vertrauen und die Geduld der Nationalpartei rechnen konnte, nicht schlecht stand, so sahen sich die Mittelstaaten, denen

die Bewegungslosigkeit der Situation unbequem wurde, genöthigt, ihre alte Vorliebe für die bestehenden Bundesinstitutionen bis zu einem gewissen Grade zu verläugnen, und ihrerseits mit bestimmt formulirten Reformanträgen vorzugehen. Verhältnißmäßig leicht einigte man sich über das Project einer Vertretung der Nation am Bunde, und zwar deshalb, weil man mit Sicherheit darauf rechnen konnte, daß dieselbe ein wesenloses Phantom bleiben müsse, wenn sie nicht in einer starken Centralgewalt eine feste Stütze fände. Die Gründung der Centralgewalt war der Kernpunkt der ganzen Reformfrage: als man bis an diesen Punkt gekommen war, ermattete der Eifer und hörte die Einigkeit auf. Zwar wurde von Seiten der Coalition als Grund dafür, daß man bei den dem Bundestage vorgelegten Reformanträgen die Frage wegen der Executivgewalt ganz unberücksichtigt gelassen habe, angeführt, dies sei nur aus Rücksicht für Preußen geschehen, ohne dessen Bethheiligung man in diesem wichtigsten Punkte nicht habe vorgehen wollen. Wenn man indessen bedenkt, daß die Reformregierungen sehr wohl wußten, daß Preußen auch ihren andern Anträgen nicht beistimmen würde, so scheint die Vermuthung nicht ungerechtfertigt, daß jene Erklärung nur ein sehr durchsichtiger Deckmantel für die Thatsache war, daß die Verbündeten sich selbst nicht über die Bildung einer Bundesexecutive haben einigen können. Denn natürlich betrachtet Oestreich diese Frage aus einem andern Gesichtspunkte als Bayern, und auch Bayern wohl aus einem andern Gesichtspunkte als manche der übrigen Mittelstaaten. Zwar ist aus den Reihen der Mittelstaaten ein Gedanke hervorgegangen, den man wirklich als eine politische Idee bezeichnen muß, die Triasidee, die aufs engste zusammenhängt mit der Anschauung, daß es der historische Beruf der Mittelstaaten sei, sich in geschlossener Vereinigung in die Kluft des Dualismus zu stürzen und als vermittelndes Element die händelsüchtige Rivalität der beiden Großmächte auszugleichen. Doch steht unter den Mittelstaaten selbst der Realisirung dieser Idee das Bedenken entgegen, daß der mächtigste unter ihnen in dem neuen Bunde eine die Selbständigkeit der übrigen Verbündeten beeinträchtigende Leitung beanspruchen möchte. Soll man es etwa der welfischen Monarchie verdenken, wenn sie sich weigert, zum Lohn für die Bekämpfung der preußischen Hegemonie sich der bayrischen Hegemonie zu unterwerfen? Das Wünschenswerthe wäre es jedenfalls, wenn jeder der Mittelstaaten an die Spitze einer besondern Symmachie gestellt werden könnte, z. B. Hannover an die Spitze einer Societät für die Vertheidigung der Nordseeküsten. Freilich müßten die Mittel, deren der Verein bedarf, von ganz Deutschland bestritten werden, was, wie es heißt, nicht der Ansicht aller süddeutschen Staaten entspricht. Und an ähnlichen Schwierigkeiten dürften alle derartigen Pläne scheitern. Bis also die deutschen Verhältnisse sich so glücklich gestaltet haben werden, daß sie dem Herrschaftsbedürfnisse eines jeden der Mittelstaaten einen ge-

nügenden Spielraum zur Entfaltung gewähren, bleibt den Würzburgern nichts übrig, als von Zeit zu Zeit die Triasidee als Mittel zur Lösung der deutschen Fragen zu empfehlen, in der sicheren Hoffnung, daß die Nation sie nicht beim Worte halten wird.

Wenn so die einzelnen Glieder der würzburger Coalition in den wichtigsten Fragen von sehr verschiedenen Anschauungen geleitet werden, so läßt sich nicht erwarten, daß Oestreich sich in vollem Einverständnisse mit seinen Verbündeten befinde. Es ist kein Geheimniß, daß an maßgebender Stelle in Oestreich auch die Ansicht ihre Vertreter findet, die in den deutschen Angelegenheiten womöglich nichts geändert wissen will und den österreichischen Einfluß mit den von Metternich angewandten Mitteln aufrecht zu erhalten wünscht. Es ist indessen begreiflich, daß, so lange Deutschland von ebenso lebhaften, wie alle Verhältnisse aufs tiefste durchdringenden nationalen Regungen in Athem erhalten wird, der Kaiserstaat sich nicht auf ein rein negatives oder zuwartendes Verhältniß beschränken kann. Er kann dies um so weniger, da er fürchten müßte, durch eine passive oder gar abwehrende Haltung die Elemente in Deutschland abzustößen, die jetzt für ihn wirken, und deren Beistand er, selbst wenn derselbe gelegentlich lästig werden sollte, seines Verhältnisses zu Preußen wegen nicht zurückweisen darf. Ein offenes Vossagen Oestreichs von den würzburger Reformplänen ist, für jetzt wenigstens, eine moralische Unmöglichkeit. Oestreich muß sich seinen Freunden gegenüber zu Concessionen verstehen, die es lieber vermieden haben würde. Aber davon sind wir überzeugt, daß keine Concession, die Oestreich in seiner innern oder äußern Politik die Hände binden würde, ernst gemeint sein kann, und daß daher sein Bündniß mit den Mittelstaaten im Innersten die Keime des Zwiespalts birgt. Zu diesen Keimen gehört jeder Versuch der Mittelstaaten, sich mittelst der Triasidee zwischen die beiden Großmächte einzuschieben, sowie ferner die Gründung eines parlamentarischen Bundesinstituts. Denn sobald ein solches sich nicht damit begnügt, als liberale Draperie zu dienen, sondern dem natürlichen Streben jeder schwach dotirten parlamentarischen Körperschaft, ihre Machtbefugnisse zu erweitern und gerade die wichtigsten Gegenstände der höheren Politik in den Kreis ihrer Berathungen zu ziehn, nachgäbe; würde es dem allerentschiedensten Widerstand bei der österreichischen Regierung und bei der österreichischen Volksvertretung begegnen. Es können über den Verlauf der inneren Krisis, in der Oestreich sich befindet, die verschiedensten Vermuthungen herrschen. Man mag die Ueberzeugung hegen, daß die inneren Kämpfe zu der strafftesten Centralisation, sei es unter einem absoluten, sei es unter einem constitutionellen Regime, führen werden. Man mag das Oestreich der Zukunft sich als ein durch Personalunion verbundenes Conglomerat autonomer Nationalitäten vorstellen; man mag den künftigen Schwerpunkt des Staates in Wien, man mag ihn in Pesth suchen: alle diese Eventualitäten liegen im Bereiche

der Möglichkeit. Aber selbst die fruchtbarste Phantasie wird nicht im Stande sein, sich ein Oestreich vorzustellen, welches seine Politik von Einflüssen, die außer seinen Grenzen liegen, abhängig machen dürfte, mögen diese Einflüsse nun von einer Volksvertretung am Bunde ausgehen oder von einer verstärkten Centralgewalt, ohne die ja eine Volksvertretung gar nicht denkbar ist.

Oestreichs Verhältniß zu Deutschland ist bisher wesentlich auf diplomatischem Fuße geordnet gewesen. Seine hervorragende Geltung im Bunde beruhte weniger auf seinem Präsidium am Bundestage, als auf der Bedeutung, die es als eine der ersten europäischen Mächte beanspruchen konnte. Daß diese Stellung ihre Schwächen hatte, ist nicht zu läugnen. Oestreich hat weder die handelspolitische Hegemonie Preußens wirksam bekämpfen, noch den Bund in allen Fällen seinen Zwecken dienstbar machen können. Es hat eben seiner Zeit die Folgen tragen müssen, welche die dualistische Spaltung Deutschlands bald über die eine, bald über die andere der beiden Großmächte unausbleiblich verhängt. Alle diese Schwächen, die denn doch nur gelegentlich hervortraten, wurden aber durch den Vortheil aufgewogen, daß seine Stellung zu Deutschland ihm weder ein Opfer auferlegte, noch es in seiner freien Bewegung hinderte, und ihm dabei doch in allen europäischen Fragen (wir nehmen den italienischen Krieg nicht aus) eine gewisse Deckung gewährte. Wenn Oestreich nun auf die Vortheile einer freien Bewegung, die ihm das lockere Band des Bundes gestattet, verzichten soll, so kann es dies nur um den Preis der unbedingtesten Hegemonie. Es ist in dieser Beziehung völlig gleichgiltig, ob es mit seinen sämmtlichen Besitzungen oder nur mit seinen deutschen Landestheilen in den neu zu errichtenden Bund eintritt. Soll es etwa für jeden der beiden Theile, den deutschen und den außerdeutschen, eine besondere Politik treiben, für den einen Theil z. B. sein Allianzsystem sich von Frankfurt auferlegen lassen, für den andern Theil seine europäischen Interessen ausschließlich zu Rathe ziehn? Die Frage wegen des Gesamteintritts Oestreichs hat ihre große Bedeutung bei der gegenwärtigen Organisation des Bundes; sie wird für Oestreich und Deutschland bedeutungslos, sobald der Bund sich in der Weise gestaltet, daß er eine selbständige deutsche Politik verfolgen kann. Und wenn Oestreich nur mit einem einzigen Dorfe in einen derartig umgestalteten Bund tritt, so wird die Folge doch immer die sein, daß es entweder für die Gesamtheit seiner Staaten sich unbedingt der Bundespolitik unterwirft, oder, wenn es stark genug ist, ebenso unbedingt den Bund seiner Politik unterwirft. Ist es nun aber denkbar, daß die Urheber und Vertreter der Triasidee die Absicht haben, die deutsche Politik bedingungslos den Anforderungen Oestreichs unterzuordnen? Sagen sie nicht vielmehr den Wunsch, als Vermittler zwischen den widerstreitenden Interessen der beiden Großmächte selbst die Leitung der deutschen Politik in die Hand zu nehmen? Einen verfassungsmäßig constituirten Vermittler kann aber weder die

eine noch die andere der beiden Großmächte über sich anerkennen. Ob Oestreich bereits ein ernsthaft gemeintes Reformproject formulirt hat, wir wissen es nicht; davon aber sind wir überzeugt, daß jede den Interessen Oestreichs entsprechende Reform des Bundes zuerst den stillen und geheimen, bald aber auch den lauten und offenen Widerstand der würzburger Regierungen hervorrufen würde.

Auf keinem Gebiete aber tritt der rein negative Charakter der gemeinsamen Bestrebungen Oestreichs und der Würzburger klarer hervor, als auf dem der materiellen Interessen: auf keinem Gebiete aber auch droht der Fanatismus des Regierens die Wohlfahrt Deutschlands so ernstlich zu gefährden, als auf diesem. Denn es läßt sich wohl nicht bezweifeln, daß ein Theil der würzburger Regierungen (erfreulich ist es wenigstens, daß nicht alle Mitglieder der Coalition in dieser Angelegenheit ihre realen Interessen einer destructiven Tendenzpolitik aufzuopfern geneigt sind) seinen Widerstand gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag fortsetzen wird, auf die Gefahr hin, den Zollverein zu sprengen. Ja es ist wohl als sicher anzunehmen, daß nicht die Regierungen, wohl aber die Fanatiker der großdeutschen Partei, dem Eintritt dieses Ereignisses mit einer gewissen Befriedigung entgegensehen, da ja in der That der Zollverein der schärfste Protest gegen die Verechtigung und die Lebensfähigkeit der großdeutschen Idee ist. Er ist unter der Leitung Preußens, ohne Oestreich, ja gegen den Wunsch Oestreichs zu Stande gekommen. Er ist das Resultat einer freien Vereinbarung Preußens mit der Mehrzahl der übrigen Staaten. Ein Fortvegetiren des Zollvereins auf den bisherigen Grundlagen würde man sich haben gefallen lassen; aber die Entschiedenheit, mit der Preußen kurz vor dem Ablauf der gegenwärtigen Zollvereinsperiode den einzig möglichen Weg einschlug, dem zu erneuenden Verein eine den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende materielle Grundlage zu geben, erbitterte. Die Erbitterung sprach sich um so leidenschaftlicher aus, da man Preußen in keiner Weise begründete Vorwürfe machen konnte, als ob es seine Verbündeten habe tyrannisiren wollen. Die Verfassung des Zollvereins ist der Art, daß sie nur eine sprungweise Entwicklung der deutschen Handelspolitik zuläßt; jede Erneuerung des Vereins nach Ablauf der vertragsmäßigen Dauer desselben, während welcher die Entwicklung meist ruht, vollzieht sich auf Grund einer erneuten Ausgleichung der Interessen. Die Handelspolitik Deutschlands schreitet auf dem Wege periodischer Krisen fort. Hierin liegt aber die große Gefahr, daß der Verein der völligen Stagnation verfällt. Denn die Partei des Fortschrittes, obschon sie die bei weitem überwiegende ist, wird nur allzusehr geneigt sein, den Forderungen des engherzigsten Particularinteresses die ungebührlichsten Concessionen zu machen, um nur die Existenz des Vereins nicht zu gefährden. So ist die Verfassung des Vereins, die einst nothwendig war, um die Interessen der minder entwickelten Industrie gegen die der weiter fort-

geschrittenen zu schützen, gegenwärtig, wo in ganz Deutschland die Gewerthätigkeit nicht sowohl des Schutzes, als der Eröffnung großer Märkte bedarf, ein Mittel in der Hand einiger kurzsichtigen und engherzigen, aber einflußreichen Industriellen geworden, um jeden Fortschritt zu hindern. Der Handelsvertrag hat Deutschland einen Markt eröffnet und verspricht ihm weitere zu eröffnen; er begünstigt keineswegs die Freihandelspartei auf ungebührliche Weise, hält sich vielmehr durchaus auf der Linie eines überaus maßvollen Compromisses zwischen den verschiedenen sich gegenüberstehenden wirthschaftlichen Interessen; er ist endlich nicht willkürlich, sondern im Auftrage seiner Verbündeten von Preußen abgeschlossen worden. Aber der Vertrag hatte den Fehler, Preußens Stellung zu stärken; dies genügte der großdeutschen Tendenzpolitik, um ihn zu verdonnern; die Rücksicht auf die Partei der Schutzzöllner spielt bei dem Verfahren der Regierungen jedenfalls nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Indessen würde die tendenziöse Opposition einiger preußenfeindlichen Regierungen sehr bald an der überwiegenden Macht der realen Verhältnisse und an dem gewichtigen Widerspruch, den sie innerhalb der Coalition selbst fand, gescheitert sein, wenn sie nicht durch die Einmischung Oestreichs zu einem bedenklichen Grade von Thätigkeit gesteigert und in eine Stellung verlockt wäre, aus der der Rückweg schwer zu finden ist. Es ist, man darf sich darüber keine Illusionen machen, wahrscheinlich, daß Oestreich den Zweck seiner Proteste und Anerbietungen erreichen wird, die Sprengung des Zollvereins und die Schwächung der hervorragenden handelspolitischen Stellung Preußens in Deutschland. Auf diesen negativen Gewinn werden sich aber die Erfolge Oestreichs beschränken. Der Versuch Oestreichs, dem Zollverein beizutreten (wenn er überhaupt ernst gemeint gewesen ist), ist gescheitert, und mußte scheitern. Denn wie auf dem rein politischen, so auch auf dem handelspolitischen Gebiete kann Oestreich keine Verbindung eingehen, durch die es in der autonomen Behandlung seiner Angelegenheiten beschränkt würde. Die Vereinigung Oestreichs und Deutschlands zu einem Zollkörper könnte nur die Bedeutung haben, daß Deutschland seine Gesamtinteressen und die Interessen der Einzelstaaten denen Oestreichs aufopferte. Eine derartige Politik der Selbstverläugnung liegt aber gar nicht im Charakter der mittelstaatlichen Regierungen, von denen man daher auch überzeugt sein kann, daß sie nicht einen Augenblick daran gedacht haben, die östreichischen Vorschläge anzunehmen. Sie sind zum Schein darauf eingegangen, weil sie an die Durchführbarkeit derselben niemals geglaubt haben, und weil sie wußten, daß dieselben spurlos und wirkungslos von der Bühne verschwinden würden, nachdem sie ihren Zweck erreicht, durch einen Blick auf die industrielle Herrlichkeit des fabelhaften Siebzigmillionenreichs die Gemüther aller Großdeutschen gegen das particularistische Preußen, dessen Eigennuß und Herrschsucht allein die Verwirklichung aller dieser Herrlichkeit hindere, zu ent-

flammen. Um die Politik der Würzburger richtig zu beurtheilen, muß man stets im Auge behalten, daß sie deshalb besonders ihren Halt an Oestreich suchen, weil sie von der Unausführbarkeit eines jeden in Gemeinschaft mit Oestreich unternommenen Reformversuches von vorn herein überzeugt sind. Sie sind östreichisch, gerade weil sie wissen, daß Oestreich von einer staatsrechtlichen engeren Gemeinschaft mit Deutschland durch eine unausfüllbare Kluft getrennt ist.

Um so auffallender wäre es, wenn man es im kleindeutschen Lager ver-gäße und aus Mißstimmung über die gegenwärtige Lage Preußens Oestreich auf den Schild erhöbe. Oder ist etwa das thatsächliche Verhältniß, auf dem der kleindeutsche Gedanke begründet ist, durch die augenblickliche Lähmung Preußens verändert worden? oder durch die Fortschritte der constitutionellen Entwicklung Oestreichs? Wir geben zu, daß das Fortschreiten Oestreichs, wenn es auch noch keineswegs völlig gesichert ist, doch zu Hoffnungen berechtigt, sind aber gerade überzeugt, daß, je kräftiger das Verfassungsleben in Oestreich aufblüht, um so eigenartiger sich auch die Gesamtpolitik des Staates entwickeln wird. Was Preußen Deutschland näher bringt, eben das entfernt Oestreich von Deutschland. Es wäre doch eine wunderbare Erscheinung, wenn Oestreich in dem Augenblicke, wo es seine verschiedenen Nationen der Idee des Staates zu unterwerfen sich abmüht, in Deutschland als Vertreter und Vorkämpfer des Nationalitätsprincips aufträte.

Deutschland strebt nach einer staatlichen Centralisation, zu der die Gemein-samkeit der geistigen, wie der materiellen Interessen es befähigt. Oestreich müht sich ab, seinen bunten Völkercomplex zu einem Staate zu vereinigen. Die deutsche Staatengruppe, wie die östreichische Völkergruppe können ihr Ziel nur erreichen, wenn jeder Theil den andern ungestört an seinem Werke arbeiten läßt. Die größte Hemmung für beide wäre es, wenn die sogenannten Reform-ideen sich verwirklichen sollten. Gesezt, es gelänge die Trias ins Werk zu setzen (und bei aller Abneigung gegen diese Form der Consolidirung müssen wir doch zugestehen, daß die Trias wirklich eine Idee ist, die einzige, die von großdeutscher Seite aufgestellt werden kann), was würden die Folgen sein? Die Coalition der Mittelstaaten würde unzweifelhaft zu jeder Zeit auf Seite der schwächern Großmacht stehen; sie würde, nachdem sie Oestreich emporgehoben, sofort im Anschluß an Preußen einen Schutz gegen den übermächtig gewordenen Kaiserstaat suchen. Vor Allem aber würde sie dem Staate oppo-niren, dem die Verhältnisse gerade ein actives Eingreifen in europäische Fra-gen aufnöthigten. Die Einführung der Trias wäre die förmliche Neutralitäts-erklärung Oestreichs, Preußens und Deutschlands.

Daß die beiden Großmächte auf die Dauer eine solche Stellung nicht würden ertragen können, ist klar. Sie würden über die Mittelstaaten hinweg

sich die Hände reichen, und Deutschland würde wie zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben werden, um den Großmächten als Material zu ihrer eigenen Vergrößerung zu dienen. Die Verwirklichung der großdeutschen Pläne würde beiden Großmächten das Programm der Mainlinie aufnöthigen. Der Dualismus erträgt keine Ausgleichung: er kann nur überwunden werden durch eine völlige Trennung Oestreichs und Preußens, d. h. durch eine Ausscheidung Oestreichs aus dem deutschen Bunde. Die kleindeutsche Idee will das ganze Deutschland, soweit es nicht zu Oestreich gehört, zu einem Bundesstaate vereinigen. Die großdeutsche Idee führt zur Lockerung des Bundes, zur völligen Nichtigkeit der Bundesgewalt und endlich zur Theilung. 3.

Lord Byron.

(Schluß.)

Dilettantisch ist Lord Byrons Liberalismus immerdar geblieben — ein Grund mehr für den Widerwillen seiner Landsleute, die längst gelernt, die großen Geschäfte des Staatslebens auch mit dem Ernste des Geschäftsmanns zu behandeln. Die Langweile, die Sehnsucht eines edlen ruhelosen Herzens nach großen heldenhaften Gemüthsbewegungen haben an Byrons letzten Thaten ebenso großen Antheil wie die romantische Schwärmerei für das Land und Volk der Griechen. Aber man frage sich: was würde er, der Unstete und Ungeschulte, geleistet haben, wenn er seinen Platz im Oberhause eingenommen und mitgewirkt hätte an dem langsamen großen Werke der Reform, das die Huskisson, Russell, Brougham und Byrons Schulkamerad Robert Peel auf grundverschiedenen Wegen, aber alle mit dem gleichen zäh aussharrenden Sinne begannen? Indem Byron sich hineinstürzte in die wilde Gährung des Continents, die solcher vulkanischer Naturen bedurfte, hat er von seinem politischen Talente den denkbar besten Gebrauch gemacht. Nur auf solche Weise konnte dieser Mensch ein politischer Kämpfer werden. Und wenn ihr den unbestimmten, lediglich verneinenden Charakter seines Liberalismus tadeln: wer heißt euch denn vom Lenze Trauben fordern? wer darf in dem Chaos jener südländischen Revolutionen ein klares Parteiprogramm erwarten? Desgleichen läßt sich gar leicht erweisen, daß des Dichters Freigeisterei nicht die reife Frucht stetigen